

- 8. MÄRZ 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/47

Bonn, den 8. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ein erster Schritt</u> Das Handelsabkommen Warschau - Bonn	21
1	<u>"Es war häufig zum Weinen ..."</u> Botschafter Grewe und die deutsche Wiedervereinigung	21
2 - 3	<u>"Fall Barth" in Neuauflage</u> Rasnens Bären dienst für die CDU Von Wolfgang Jansen	91
4	<u>Herr Berg und die Kommunisten</u> Simpler geht es nicht mehr	25
4	<u>"Schritt zurück" ?</u> Vorsitzender des Bundesjugendringes zum Vertrag Bonn-Paris	23
5	<u>Ungarn experimentiert "liberalen Kurs"</u> Bemerkenswerte Wahlergebnisse Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schälicher	41
6 - 7	<u>Griechenlands Regierung in Schwierigkeiten</u> Aus der geplanten Verfassungsänderung wird nichts Von Dr. B. Mathiopoulos	95

Chefredakteur Günter Markscheffel

Ein erster Schritt

Das Handelsabkommen Warschau - Bonn

sp - Nach fast zweieinhalb Jahrzehnten ist die seit dem Einfall Hitlers in Polen bestehende Verkrampfung zwischen dem demokratischen Deutschland und Polen zum ersten Mal etwas gelockert worden. Die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau und die Unterzeichnung eines für drei Jahre gültigen deutsch-polnischen Handelsabkommens läßt die Hoffnung entstehen, daß nunmehr ein besseres Verhältnis zwischen uns und dem offiziellen Polen angebahnt werden kann. Die Verhandlungen waren begleitet von klugen und zurückhaltenden politischen Gesprächen; sie wurden von deutscher Seite auf der Grundlage jenes im Juni 1961 einstimmig vom Bundestag gebilligten Jaksch-Berichtes geführt, in dem eine Normalisierung unseres Verhältnisses zu osteuropäischen Staaten ohne Beeinträchtigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes angeregt wird. Das offizielle Polen hat diese Voraussetzung der deutschen Politik respektiert.

Das ist ein gutes Zeichen. Wenn auch noch sehr vieles zu einer tatsächlichen Normalisierung unserer Beziehungen zu Warschau fehlt, so ist doch nunmehr eine Basis geschaffen worden, von der aus weitergebaut werden kann. - Auf die letzten Jahre zurückblickend, sei heute allen jenen, in Polen und Deutschland, für ihre inoffiziellen und oft falsch verstandenen Bemühungen um die Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk Dank gesagt.

+ + +

"Es war häufig zum Weinen ..."

Botschafter Grewe und die deutsche Wiedervereinigung

sp - Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing erklärte der frühere Botschafter der Bundesrepublik in Washington und jetzige Botschafter bei der NATO, Professor Wilhelm Grewe, laut "Evangelischer Pressedienst":

- * "Ich gebe zu, daß das, was zur Lösung des Wiederver-
- * einigungsproblems von offizieller Seite getan wurde,
- * häufig zum Weinen war und manchen, der sich intensiv
- * mit diesen Dingen beschäftigte, zum Verzweifeln brin-
- * gen konnte."

Nach einer Darstellung der gegenwärtigen Schwierigkeiten bei dem Versuch zur Wiederherstellung der deutschen Einheit meinte Herr Grewe, es komme in der gegenwärtigen Situation in erster Linie darauf an, bei der Beseitigung der Spaltung Deutschlands "behutsam und nach den Spielregeln der Politik" vorzugehen. Herr Grewe sagte auch noch manches andere aufschlußreiche Wort und forderte für den Augenblick vor der deutschen Politik "die Türen offen und die Dinge in der Schwebe zu halten."

Das Geständnis des wohlinformierten Botschafters, daß die offiziellen Beiträge zur Lösung des Wiedervereinigungsproblems "häufig zum Weinen" gewesen seien, ist sehr aufschlußreich. Herr Grewe muß wissen, was er sagt, denn wenn überhaupt jemand über den Wert oder Unwert der offiziellen Wiedervereinigungsbemühungen etwas weiß, dann ist er es.

+ + +

- 2 -

"Fall Barth" in Neuauflage

Rasners Bären dienst für die CDU
Von Wolfgang Jansen

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will R a s n e r, tat am vergangenen Mittwoch etwas sehr Ungewöhnliches. Er rief seinen Kollegen von der SPD, Dr. Karl M o m m e r, an, um ihm mitzuteilen, welche Fragen er in der nächsten Fragestunde zu stellen beabsichtige, ungern zwar, wie er sagte, - aber die SPD lasse die "Spiegel-Affäre" ja auch nicht ruhen. Mommer begriff natürlich sofort, dass diese Ankündigung in Anbetracht der am Montag bevorstehenden Veröffentlichung des "Berichts der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über die Behandlung der Spiegel-Affäre durch die Bundesregierung" einen ganz bestimmten Sinn hatte. Er nannte das Kind beim Namen, sprach von einem "Erpresser-Geschäft" auf das er nicht eingehen könne. Aus Rasners Erwiderung, das habe er "expressis verbis", also mit diesen Worten, nicht gesagt, ergibt sich deutlich der Sinn seines Anrufes. Denn weshalb der Zusatz "expressis verbis", wenn der Anruf nicht genau die von Mommer verstandene Absicht hatte? Weshalb sonst überhaupt der Anruf?

Rasner tat, was er nicht lassen konnte und erwies seiner Fraktion mit der Einreichung der Fragen einen Bärendienst. Denn damit rollte er die "Affäre Barth" wieder auf, unter den Affären des Herrn Strauss diejenige, die ihr innerhalb der Bundeswehr am meisten an Ansehen und Vertrauen gekostet hat, und die nur auf massiven Druck des Wehrbeauftragten Admiral H e y e beigelegt werden konnte.

Nachdem sich kurz vor der Bundestagswahl zwei Bundeswehrpiloten verrenzt hatten und in Berlin-Tegel gelandet waren, ergriff Strauss folgende Massnahmen:

1. Der Kommodore der beiden Piloten, Oberstleutnant Barth wurde zu Unrecht gemassregelt.
2. Um dieses Unrecht abzudecken, wurde den Offizieren w i d e r r e c h t l i c h die Aussagegenehmigung vor dem Wehrdienstsenat verweigert.
3. Der trotzdem ergangene Beschluss des Wehrdienstsenates wurde wochenlang w i d e r r e c h t l i c h überhaupt nicht ausgeführt.
4. Nachdem Strauss erfahren hatte, dass eine Veröffentlichung unmittelbar bevorstehe, führte er buchstäblich in letzter Stunde, als die Rotation mit dem Artikel bereits lief, einen Teil des Beschlusses aus. Ein anderer Teil blieb erneut widerrechtlich unausgeführt.
5. Um all' dies zu decken, sagte Strauss dem Verteidigungsausschuss des Bundestages, der Aufklärung forderte, nicht die Wahrheit, sondern führte ihn in der massivsten Weise irre.

6. Mit dieser Irreführung erreichte er, dass der Ausschuss ihm einstimmig bescheinigte, er habe sich korrekt verhalten.

Hätte man es dabei belassen, so wären auf der Strecke geblieben:

1. Der Oberstleutnant Barth.
2. Die Rechtssicherheit innerhalb der Bundeswehr, in der dann die Willkür des Ministers mehr gegolten hätte als der Spruch des obersten Militärgerichtes.
3. Das Parlament, das man unwidersprochen irreleiten, und zur Abgabe sachlich falscher Erklärungen hätte veranlassen können.

Ein solcher Zustand hätte mit einem demokratischen Rechtsstaat nicht das geringste mehr zu tun gehabt.

Die SPD belies es nicht dabei. Sie beauftragte ihren für solche Fragen zuständigen parlamentarischen Geschäftsführer Gerhard Jahn mit der Aufklärung der Angelegenheit. Jahn erhielt ein Protokoll jener Sitzung und wies auf Grund der ihm vorliegenden Materialien unsehwer in einer Reihe von Punkten nach, dass Strauss dem Ausschuss nicht die Wahrheit gesagt hatte. In anderen Punkten bestand zwar ein dringender Verdacht, weiterer Irreführung, jedoch fehlten zum Beweis die nötigen Unterlagen und Tatsachenfeststellungen.

Nun ergab sich aus zwei Veröffentlichungen des Spiegel-Redakteurs Schmelz, dass dieser über den "Fall Barth" offenbar mehr wusste als der ganze Verteidigungsausschuss zusammengenommen. Die Frage war, ob man sich dieser Kenntnisse des Redakteurs Schmelz zur Aufklärung des Sachverhaltes bedienen, oder ob man wesentliche Punkte des Falles weiterhin im Dunkel lassen sollte. Allerdings: Wenn Schmelz helfen sollte, die Irreführungen des Ministers aufzuklären, musste er Kenntnis von dem erhalten, was Strauss gesagt hatte. Jahn entschied sich für die Aufklärung des Falles.

Weder die SPD im ganzen, noch Jahn im besonderen sind der Auffassung, dass man Protokolle, die allgemein nicht zugänglich sind, dritten übergeben sollte. Das sei in aller Deutlichkeit klargestellt. Sie sind allerdings auch nicht der Auffassung, dass Minister ihre Untergebenen ungestraft zu Unrecht massregeln, widerrechtliche Befehle erteilen und darüber das Parlament irreführen dürfen. Insofern also lag hier ein besonderer Fall vor.

Hinzu kommt, dass das besagte Protokoll in keiner Weise ein Staatsgeheimnis, nicht einmal ein schutzwürdiges Dienstgeheimnis enthält, denn die Irreführung eines Ausschusses durch einen Minister ist kein schutzwürdiges Geheimnis.

Ein Schaden ist also nicht entstanden. Die Weitergabe des Protokolls war aussergewöhnlich, sie war jedoch die unmittelbare Folge widerrechtlichen Verhaltens des Ministers Strauss. Während durch die Weitergabe des Protokolls ein Schaden nicht entstand, wäre ein sehr erheblicher Schaden eingetreten, wenn die Vorgänge nicht aufgeklärt und der Wehrbeauftragte nicht veranlasst worden wäre, für Ordnung zu sorgen.

Man sieht: Der Schuss des Herrn Rasner hat die eigenen Reihen getroffen. Auch mit weiteren Entlastungsoffensiven zur Abwehr des SPD-Spiegelberichts, der einen Schlußstrich unter die Affäre setzen soll, wird die CDU/CSU genau so glücklos operieren.

Herr Berg und die Kommunisten

FB - Von Herrn B e r g ist bekannt, daß er eine schnelle und spitze Zunge hat. Manches geht aber doch zu weit. Die große amerikanische Zeitschrift " L i f e " hat sich am 25. Februar 1963 mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa befasst. Dabei kommen die deutschen Arbeiter sehr schlecht weg, denn der Verfasser weiß zu berichten, daß die deutschen Unternehmer der Auffassung sind, ihre Arbeiter seien faul, sie täuschten Krankheiten vor, simulierten an der Arbeitsstelle und gefährdeten die Zukunft der Nation durch zu hohe Lohnforderungen. Die schärfste Anklage aber kommt von Herrn B e r g, der, um den Autoren dieses Artikels zu erläutern, warum er das sehr kostspielige System der Subventionen für unrentable landwirtschaftliche Betriebe aufrechterhalten will, "Life" erklärt hat:

- * "daß die Bauern das einzige Bollwerk des Landes gegen den Kommunismus seien; ein vollkommen industrialisiertes Deutschland wäre den Russen ausgeliefert, denn die Industriearbeiter sind in ihrem Herzen immer Sozialisten oder Kommunisten gewesen."

Nun wissen wir es also genau. Diejenigen, die in den Hungerjahren nach dem Kriege und in den Zeiten der Demontage für wertlose Reichsmark-Löhne die deutsche Industrie wieder in Gang gebracht haben, die bei jeder Wahl den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen eine vernichtende Absage erteilen, wollen ihr Land den Russen ausliefern. Dümmer geht es wirklich nicht mehr, denn so sägt man den eigenen Ast ab, auf dem man sitzt!

Aber warten wir ab. In "Life" steht es schon seit 14 Tagen. Jetzt sind wir sicher, daß Herr Berg dementieren wird, denn wenn man aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, dann gibt es immer einen "Schuldigen": die Presse.

+ + +
" Schritt zurück ?"

H.S. - Pfarrer Heinz Georg B i n d e r, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes, hat nicht bei allen Stellen, die sich mit der Jugendarbeit befassen, Beifall für seinen Artikel "Einige Bedenken" in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift "Deutsche Jugend" gefunden. Er beschäftigte sich dort mit dem Teil des deutsch-französischen Staatsvertrages, der die Jugend betrifft. Zwar, so meinte H.G. Binder, dürfte der Jugend selten in einem Staatsvertrag soviel Platz wie hier eingeräumt worden sein, doch sollte man offen aussprechen, daß erhebliches Unbehagen bei den Jugendverbänden über dieses Vertragswerk bestünde. Der Vorrang, der dem Verhältnis zwischen zwei bestimmten europäischen Völkern eingeräumt wird, müsse von vielen jungen Menschen als ein Schritt zurück empfunden werden. Der Vorsitzende des Bundesjugendringes bekennt sich zu einem verstärkten Jugendaustausch mit unserem französischen Nachbarn, begrüßt, daß die Regierung in Bonn Millionen dafür ausgeben will, fragt dann aber ... "warum nicht auch Millionen für den Jugendaustausch mit England, Holland und Italien?"

Pfarrer Binder steht mit seiner Meinung über eine Verstärkung der Kontakte zu a n d e r e n europäischen Nationen und der Forderung, die Beziehungen zu Frankreich im rechten Lot zu halten, in der deutschen Jugend nicht allein.

+ + +

Ungarn experimentiert "liberalen Kurs"

Bemerkenswerte Wahlergebnisse

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die "liberale Linie" der ungarischen Innenpolitik ist seit dem letzten Parteikongreß im November vergangenen Jahres erneut durch die soeben abgehaltenen Wahlen bestätigt worden. Verliefen die Wahlen zwar äußerlich in "volksdemokratischer Einmütigkeit" und ohne echte parteipolitische Alternative, so verdienen einige Erscheinungen doch die Beachtung des westlichen Beobachters.

Rund 6,8 Millionen ungarische Wähler, das sind 68 Prozent der Bevölkerung, waren zur Stimmabgabe für die Wahl der 340 Abgeordneten und 117 Ersatzkandidaten des Parlaments sowie der rund 105.000 Komitee-, Bezirks-, Stadt- und Gemeindeabgeordneten aufgerufen. Dies war jedoch eigentlich von zweitrangiger Bedeutung. Denn wie in den übrigen kommunistischen Staaten kommt auch in Ungarn der Kandidatenaufstellung mehr Bedeutung zu, als dem eigentlichen Wahlakt selbst.

3.800 Kandidaten wurden abgelehnt

Die Kandidatennominierung ist in Ungarn Vorrecht der von den Kommunisten beherrschten "Patriotischen Volksfront". War jedoch bisher die Vorstellung und Bestätigung der Kandidaten durch die Wählerversammlungen eine Formalität gewesen, sind diesmal rund 3.800 Kandidaten von den Wählern a b g e l e h n t worden. Allein 23 von 67 Kandidaten für den Budapester Stadtrat fielen vor den Wählern durch. Darüber hinaus ließ sich erstmals beobachten, daß in mehr als 100 Wahlkreisen, in denen der ursprünglich nominierte Kandidat keine überzeugende Unterstützung erhalten hatte, die Bevölkerung bei der Wahl selbst zwischen zwei Kandidaten entscheiden konnte.

Wesentliche Verjüngung der Altersstruktur

Der zweite bemerkenswerte Aspekt der Wahl war, daß - nach offiziellen ungarischen Angaben - rund 60 Prozent der Kandidaten für die verschiedenen Gebietsvertretungen und 30 Prozent der Abgeordneten für das zentrale Parlament "parteilos" sind. Dies und die augenfällige Bevorzugung neuer, jüngerer Kandidaten, die bisher keine Abgeordnetenfunktion bekleidet haben, legt die Folgerung nahe, daß der schon während des Kongresses im November vergangenen Jahres sichtbar gewordene Trend zur "Verfachlichung" weiter anhält. Sowohl die sich verjüngende Altersstruktur wie auch die soziale Struktur der Abgeordneten - rund 40 Prozent der Parlamentarier entstammen der Intelligenzschicht - deuten auf den Wunsch nach einer weiteren Versachlichung der Abgeordnetenarbeit hin. Alledies unterstreicht, daß es den ungarischen Kommunisten ernst ist mit der Kongreßformulierung Kadars, wonach in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes eine einzige Maßnahme zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität mehr wert sei als hundert radikale Parolen gegen die Imperialisten.

Griechenlands Regierung in Schwierigkeiten

Von Dr. B. Mathiopoulos

Die Regierung Karamanlis in Athen, die seit 1 1/2 Jahren ununterbrochen von der Opposition der Wahlfälschung bezichtigt wird, hat kürzlich eine "Initiative" ergriffen. Die geplante Maßnahme zeigt jedoch einerseits die schwache Position, in der sich die Regierung befindet, zum anderen stellt sie unter Beweis, daß nur auch die grundlegendsten demokratischen Freiheitsrechte in Griechenland beschränkt oder gar beseitigt werden sollen. In letzter Zeit haben eine Reihe von Ereignissen die Regierung zu diesem Schritt getrieben. Es waren dies namentlich die überhandnehmende Zahl von Streiks - '02 allein im Jahre 1962; dagegen nur 55 von Anfang 1959 bis Ende 1961 - und die Unruhen unter der akademischen Jugend, die mehr öffentliche Mittel auf dem Gebiet des Bildungswesens fordert. In diesem Zusammenhang muß auch der dreiwöchige Streik der Volksschullehrer und Studienräte im Januar dieses Jahres erwähnt werden, die vergeblich eine Erhöhung ihrer Löhne forderten. Unter dem Druck aller dieser Ereignisse hat die Regierung einen Gesetzesentwurf eingetracht, der eine Änderung der Verfassung zum Inhalt hat. Nach diesem Entwurf wären folgende Punkte in die Verfassung aufzunehmen:

- 1) Es sollen Bestimmungen zum "Schutz" des Rechts auf Arbeitsplatz und Berufsfreiheit getroffen werden; gleichzeitig soll aber auch der "Mißbrauch" dieser Rechte untersagt werden. Ein Streik wie der der Volksschullehrer und Studienräte wäre in Zukunft als Rechtsmißbrauch und somit als unzulässig anzusehen.
- 2) Es soll festgelegt werden, daß Griechenland aussenpolitisch zum Westen gehört.
- 3) Der Presse soll untersagt werden, über Anfragen im Parlament zu berichten, bevor sich die Regierung zu der betreffenden Frage geäußert hat. Da die derzeitige Regierung aber Anfragen seitens der Opposition nur sehr selten zu beantworten pflegt, würde demnach die Öffentlichkeit über die parlamentarische Tätigkeit der Opposition kaum informiert werden.
- 4) Das Parlament soll in kleinere Kommissionen aufgeteilt werden, die sich mit den einzelnen Fragen der Gesetzgebung befassen sollen. Diese Maßnahme würde die Regierung einer unmittelbaren Kontrolle durch das gesamte Parlament entziehen und zu einer Zersplitterung und Bagatellisierung der Aufgaben der Volksvertretung führen.
- 5) Die in der Verfassung vorgesehenen Möglichkeiten der Einbringung eines Mißtrauensvotums sollen eingeschränkt werden, um die Position der Exekutive zu stärken.
- 6) Ein neu zu schaffendes Verfassungsgericht soll politische Parteien auf ihre Verfassungsmässigkeit hin prüfen. Damit würde die Freiheit der politischen Meinungsäußerung eingeschränkt.
- 7) Die Pressefreiheit soll dadurch beschränkt werden, daß Personen, die als Herausgeber einer Zeitung fungieren wollen, bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen. Darüberhinaus soll die Zahl der Pressevergehen um einige neue Straftaten vermehrt und die Zuständigkeit der Schwurgerichte für diese Delikte beseitigt werden.

Mit diesem Entwurf spekuliert die Regierung besonders auf die Zustimmung von zwei verschiedenen Seiten. Dies ist einmal der König -

in Griechenland Teil der Exekutive - und zum anderen die verbündeten Amerikaner. Der König hatte schon Anfang dieses Jahres führende Vertreter der Opposition empfangen und schien bereit, das innenpolitische Dilemma Griechenlands durch Anordnung neuer, aber freier Wahlen einer Lösung zuzuführen. Der amerikanische Botschafter in Athen befürwortete diese Absicht, nachdem er mit der oppositionellen Zentrumsunion Fühlung aufgenommen hatte. Er fuhr anschliessend nach Washington, wo er von Präsident Kennedy empfangen wurde. Die Regierung hofft nun, die geplante Verfassungsänderung den Alliierten durch den Passus über die Zugehörigkeit Griechenlands zum Westen schmackhaft zu machen. Die Stärkung der Position der Exekutive soll mit dazu dienen, daß die Verfassungsänderung dem König annehmbar erscheint. Darüberhinaus sucht sie den König dadurch zu beeinflussen, daß sie auf die "Gefahr" hinweist, ein republikanisches Parlament könne vielleicht die Verfassung in anderer Hinsicht ändern wollen.

Die Opposition hat erklärt, daß sie ihre Zustimmung zu der Verfassungsänderung nicht geben wird. Sie betont, daß sie aussenpolitisch stets auf der Seite des Westens gestanden hat - es sei daran erinnert, daß Griechenland unter der Regierung der heutigen Opposition im Jahre 1951 Mitglied der NATO wurde. Ausserdem weist die Opposition darauf hin, daß die Regierung Karamanlis plötzlich nach wiederholter Verletzung der Verfassung im Laufe ihrer siebenjährigen Regierungszeit entdeckt, daß diese Verfassung "veraltet" ist und einer Änderung bedarf. Sollte der Regierungsentwurf angenommen werden, so würde Griechenland eine Diktatur haben.

Doch nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Regierung noch nicht einmal in der Lage, überhaupt eine Aussprache über den Entwurf herbeizuführen, geschweige denn, dessen Annahme durchzusetzen. Denn die Regierung verfügt nicht über eine Zweidrittel-Mehrheit, die allein genügen würde, eine Entscheidung über die Frage, ob eine Verfassungsänderung notwendig ist, durchzusetzen. Und erst wenn die Notwendigkeit bejaht worden ist, kann ein neu zu bildendes Parlament die Änderung beschliessen. Dennoch hat die Regierung die Frage der Verfassungsänderung in der Öffentlichkeit hochgespielt, und zwar aus zwei Gründen. Einmal wollte sie die immer prekärer werdende innerpolitische Situation durch ihren Vorschlag beeinflussen und die Erörterungen in eine andere Richtung lenken. Zum anderen wird sie unter Umständen ihren Vorschlag bei den nächsten Wahlen verwenden wollen und so das Land in eine Verfassungskrise führen.

Politische Kreise in Athen erklären, daß hinsichtlich dieses Manövers der Regierung nur ein Umstand bestürzt: In einem Land, das die Wiege der Demokratie genannt wird, ist die politische Moral so tief gesunken, daß die Verfassungsrechtler des Landes - statt auf den bloßen Verdacht hin, daß die demokratischen Freiheiten eingeschränkt werden sollen, mit schärfster Ablehnung zu reagieren - sich in ruhmloses Schweigen hüllen.